

Vorlage Nr.VIII/ 2/2014
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Einrichtung einer Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen

Ziele: Verbesserung der rechtlichen, sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Situation von Sexarbeiterinnen

A Problem

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2013 wurde durch den Änderungsantrag StVV - Ä-AT 7/2013 zu AT 23/2013 gefordert, die Situation der Prostituierten in Bremerhaven zu verbessern. Es erfolgte dazu mehrheitlich der Beschluss, ab dem Haushaltsjahr 2014 einen Haushaltstitel für die aufsuchende Unterstützung von Prostituierten beim Gesundheitsamt einzurichten, hieraus sind auch die Sachausgaben für ausstiegswillige Prostituierte zu zahlen. Einigkeit bestand darüber, dass die Arbeit zunächst auf zwei Jahre begrenzt und zu evaluieren ist.

Die Tätigkeit der Prostitution und die Menschen, die sie ausüben, werden häufig mit Vorurteilen und Stigmatisierungen konfrontiert. Obwohl tief in gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt, ist Prostitution eine der meist tabuisierten Tätigkeiten. Die Frauen müssen häufig ein Doppelleben führen und haben Schwierigkeiten, eine neue Lebensperspektive zu finden.

Ein Ausstieg aus der Prostitution bzw. der Wiedereinstieg in eine gesellschaftlich anerkannte Form der Berufsausbildung ist häufig mit großen Schwierigkeiten verbunden. Lücken im Lebenslauf, unzureichende Schul- oder Berufsabschlüsse wie andere soziale, psychische und Suchtprobleme können in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielen.

Bislang können die Sexarbeiterinnen Bremerhavens auf kein Beratungs- und Betreuungsangebot in dieser Form zurückgreifen.

Die STD-Beratungsstelle des Gesundheitsamtes genießt großes Vertrauen im Milieu und bietet im Rahmen der Arbeit neben der medizinischen Betreuung unter anderem psychosoziale Beratung an, kann jedoch keine langfristige Begleitung gewährleisten. Somit können die Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes in diesem Bereich dem Unterstützungsbedarf der Sexarbeiterinnen, die größtenteils ausländischer Herkunft sind, nicht gerecht werden. Bis auf wenige Ausnahmen konnten lediglich Kurzberatungen und Kriseninterventionen von der Beratungsstelle geleistet werden.

B Lösung

Um diese Lücke zu schließen, ist es zwingend erforderlich, ein Unterstützungsangebot zu installieren, welches die Klientinnen auf ihrer Suche nach einer neuen Lebensperspektive unterstützt und begleitet, darüber hinaus bedarf es der Unterstützung bei der Professionalisierung ihrer Arbeit.

Ziel muss es sein, beim Ausstieg zu unterstützen oder durch Professionalisierung die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Frauen zu fördern. Dabei sollte Hilfe zur Selbsthilfe im Vor-

dergrund stehen.

Folgende Themenfelder sind vor diesem Hintergrund relevant:

Beratung und Prozessbegleitung:

- bei der Arbeit in der Prostitution
- beim Ausstieg aus der Prostitution
- bei Problemen mit Behörden
- bei finanziellen Problemen
- bei der Abklärung von Krankenversicherungsschutz
- bei Suchtmittelabhängigkeit
- bei Konflikt- und Krisensituationen
- bei Arztbesuchen
- bei Treffen, die der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch unter den Prostituierten dienen
- Aufsuchende Arbeit beim Straßenstrich, in Wohnungen, Bordellen und Bars
- Auf Wunsch mit Dolmetscherin

Die STD-Beratungsstelle des Gesundheitsamtes genießt großes Vertrauen im Milieu und bietet im Rahmen ihrer Arbeit neben der medizinischen Betreuung unter anderem psychosoziale Beratung an. Angebote Freier Träger in diesem Kontext bestehen in Bremerhaven nicht. Doppelstrukturen sollten vermieden werden. Die Arbeit ist auf 2 Jahre befristet.

Die Installation nahe am Milieu in Anbindung an das Gesundheitsamt ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang. Darüber hinaus profitiert die Beratungsstelle dann von dem über lange Jahre gewachsenen Vertrauen und der Fachkompetenz in diesem Bereich.

Die Beratung wird anonym und kostenlos angeboten. Als erster Kontakt kann eine Telefonberatung angeboten werden, aus der dann weitere vertiefende Beratungen folgen können. Neben einer offenen Sprechstunde, die zweimal wöchentlich, insbesondere in den Abendstunden, stattfinden sollte, müssen sowohl aufsuchende Arbeit als auch Begleitung Bestandteil des Beratungsangebotes sein.

Darüber hinaus ist ein Austausch mit einschlägigen Beratungsstellen wie z. B. Nitribitt nötig. Außerdem können andere Beratungsstrukturen für Frauen in Bremerhaven genutzt werden.

Folgende Ressourcen sind notwendig:

Im Zuge des Aufbaus der Beratungsstelle ist beabsichtigt, zwei Sozialarbeiterinnen und eine Verwaltungskraft einzusetzen. Zusätzlich sind Kosten für Dolmetschertätigkeiten vorgesehen, um die muttersprachliche Beratung für die Kontaktaufnahme und weiterführende Beratung sowie für die genauere Einschätzung der Situation der Frauen, zu gewährleisten.

Interkulturelle Kompetenz und vorurteilsfreies Arbeiten sowie Kenntnisse der Bremerhavener Situation sind Grundvoraussetzungen für die Beschäftigung in der Beratungsstelle.

Als Standort soll eine adäquate Wohnung angemietet werden, die u. a. über ausreichende sanitäre Einrichtungen verfügen wird und Vertraulichkeit garantiert.

Darüber hinaus sind Mittel notwendig, um das Beratungsangebot in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Aus den insgesamt zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln sind auch die entsprechenden Sachausgaben für ausstiegswillige Prostituierte zu zahlen.

Es erfolgt ein Sachbericht mit einschließender Evaluation der Prozess- und Ergebnisqualität.

C Alternativen

Alternativ könnte ein freier Träger mit der Aufgabe betraut werden. Der vermutlich erst zu schaffende Zugang zum Milieu und die Aneignung von Fach- und/oder Netzwerkkompetenzen würde vor dem Hintergrund der zeitlichen Befristung die Ergebnisqualität nachhaltig negativ beeinflussen.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche / Klimaschutzrelevante Auswirkungen / Genderprüfung

Die Umsetzung des Auftrages wird innerhalb der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 Euro realisiert. Bei der Bedarfsermittlung konnte das Gesundheitsamt nicht auf valide Erfahrungswerte zurückgreifen.

Die organisatorische Anbindung an das Gesundheitsamt bedingt innerhalb des Amtes einen Mehrbedarf. Interne Abstimmungen und Festlegungen diesbezüglich stehen aus. Die Auswirkungen innerhalb des Amtes sind daher noch nicht abschließend zu beurteilen.

Die Belange von Frauen sind in besonderem Maße betroffen, da es sich bei den Sexarbeiter/Innen überwiegend um Frauen handelt und die Kund/Innen Männer sind.

Klimaschutzrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeit geeignet. Die Veröffentlichung im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt die Einrichtung einer Beratungs- und Betreuungsstelle für Prostituierte in Bremerhaven in Anbindung an die STD-Beratungsstelle des Gesundheitsamtes.

B. Lückert
Dezernentin